

Volks-Zeitung Landeszeitung für die Provinz Sachsen 1773 für Anhalt und Thüringen. 1928

Halle-Saale

Freitag, 23. März 1928

Anzeigenpreis: Die 10spaltige Zeile am breiten Mittelrande 15 Pf. Kleine Anzeigen 8 Pf. Die 6spaltige Zeile am breiten Mittelrande 6 Pf. Die 4spaltige Zeile am breiten Mittelrande 4 Pf. Die 2spaltige Zeile am breiten Mittelrande 2 Pf. Die 1spaltige Zeile am breiten Mittelrande 1 Pf. Die 6spaltige Zeile am breiten Mittelrande 6 Pf. Die 4spaltige Zeile am breiten Mittelrande 4 Pf. Die 2spaltige Zeile am breiten Mittelrande 2 Pf. Die 1spaltige Zeile am breiten Mittelrande 1 Pf. Die 6spaltige Zeile am breiten Mittelrande 6 Pf. Die 4spaltige Zeile am breiten Mittelrande 4 Pf. Die 2spaltige Zeile am breiten Mittelrande 2 Pf. Die 1spaltige Zeile am breiten Mittelrande 1 Pf.

Verkaufspreis: Die 10spaltige Zeile am breiten Mittelrande 15 Pf. Kleine Anzeigen 8 Pf. Die 6spaltige Zeile am breiten Mittelrande 6 Pf. Die 4spaltige Zeile am breiten Mittelrande 4 Pf. Die 2spaltige Zeile am breiten Mittelrande 2 Pf. Die 1spaltige Zeile am breiten Mittelrande 1 Pf. Die 6spaltige Zeile am breiten Mittelrande 6 Pf. Die 4spaltige Zeile am breiten Mittelrande 4 Pf. Die 2spaltige Zeile am breiten Mittelrande 2 Pf. Die 1spaltige Zeile am breiten Mittelrande 1 Pf.

Verkaufspreis: monatlich 2 G-M., bei 3monatlicher Zahlung 2 G-M. 25 Pf. auswärts 3 G-M., einschließlich Zustellungsgebühr - Bestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen, Verleger und alle Buchhandlungen entgegen. - Höhere Bewaltigung des Verlags von Gebirgs- und Zeitungsbetrieben werden nur bei Vorbestellung angenommen.

Verkaufsstelle Halle-Saale: Zeitlager Straße 61/62. - Fernruf Zentrale 27 801. - Täglich von 6 Uhr an Redaktion 25 609 u. 25 110. - Postfachkonto Leipzig 30 112.

Bestechungskandal bei der Reichsbahn Vor der Verhaftung hoher Beamter

Auch eine Kölner Firma schwer kompromittiert - Von ihr haben die betreffenden Beamten Tausende erhalten - Ein besonderes Dezernat bei der Staatsanwaltschaft

Reichsbahn-Zentralamt am Galleschen Ufer, wo sich auch die Besetzungsstelle der Deutschen Reichsbahn befindet, ist man einem großen Bestechungskandal auf die Spur gekommen, in dem eine Reihe von hochgestellten Beamten, darunter der in Regensburg wohnhafte Oberregierungs- und Haupt-Gründer, verwickelt zu sein scheinen. Die Staatsanwaltschaft ist bereits verhängig und hat die Untersuchung eingeleitet. Es ist nicht ausgeschlossen, daß im Laufe des morgigen Tages zur Verhaftung der beschuldigten Beamten kommen wird. Staatsanwaltschaft Dr. Hermanns von der Staatsanwaltschaft I in Berlin führt schon seit mehreren Tagen Vernehmungen in der nächsten Angelegenheit durch. Heute ist sie so weit gekommen, daß die Untersuchungsbehörden daran denken können, entscheidende Schritte zu unternehmen. Die Hauptverwaltung der Reichsbahn erklärt bereits, daß gegen sämtliche Schuldigen mit aller Strenge ohne Ansehen der Person vorgegangen wird. Bereits seit längerer Zeit sprach sich, namentlich in Kreisen wichtiger Geschäftsleute, herum, daß beim Zentralamt der Deutschen Reichsbahn nicht alles in Ordnung sei, und daß verschiedene Beamte Veltungsgebeur angenommen und bei der Auftragserteilung bestimmte Firmen bevorzugt hätten. Es wurde behauptet, daß Materialbestellungen überhaupt nur dann vorgenommen worden seien, wenn die Firmen Bestechungsgelder

fällig ausbezahlt worden ist. Einen Teil haben direkt Beamte erhalten, während andere Summen als „Eigenschaftsgeld“ erlegt wurden, die die Kölner Firma dem Oberregierungsbeamten Schulze für angebliche Verbesserung des von ihr gelieferten Materials fällig gewesen sein soll. Nach der Rückkehr der Kommission nach Berlin fand dann unter Vorsitz des Geheimrats Weber bei der Hauptverwaltung der Reichsbahn eine Sitzung statt, in der beschlossen wurde, das gesammelte Material der Staatsanwaltschaft zu übermitteln und die weitere Untersuchung der Angelegenheit ihr zu übertragen. Geheimrat Dr. Weber setzte sich hierauf mit Oberstaatsanwalt Binder in Verbindung und teilte ihm den Sachverhalt mit. Im Einvernehmen mit Generalstaatsanwalt Binder wurde bei der Staatsanwaltschaft ein Sonderdezernat eingerichtet und Staatsanwaltschaft Dr. Hermanns mit der Leitung betraut. Er legte sich denn auch sofort nach Berlin, wo er in den Räumlichkeiten der Firma Hans Keiser & Co. eine Hausung hielt und

Bücher, zurückgehend bis zum Jahre 1923, beschlagnahmte, aus denen die Überweisung von Bestechungsgeldern an die Beamten hervorging. Die Bücher wurden nach Berlin gebracht, durch Sachverständige geprüft, und dann lud der Staatsanwaltschaftsrat die angeklagten Beamten vor. Zum Teil bestritten sie die gegen sie erhobene Beweise, zum Teil gaben sie zu.

Gelder angenommen zu haben. Da eine Reduktionssache verurteilt nicht bestand, wurden sie einmündig auf freiem Fuß belassen. Mit Rücksicht jedoch auf die zu erwartende hohe Strafe und auf das Ausmaß ihrer Verbrechen, bei denen es sich um Millionen handeln soll, wird man wohl nach einer Konfiszierung, die bei der Untersuchungsbehörde stattfindet, doch zu Verhaftungen übergehen. Wie wir von unserer Berliner Schriftleitung hierzu noch erfahren, scheint nur der erwähnte Oberbaurat beizuliegen zu sein. Im übrigen liegt die Angelegenheit gegenwärtig vollkommen in den Händen der Staatsanwaltschaft. Weiter wird von anderer Stelle erklärt, daß das Generaldezernat eine in der Justizverwaltung übermäßig aufgeblühte Behörde sei, die den verschiedensten Aufgaben betraut werde. Das Amt zähle im Augenblick noch 500 Köpfe, und die Aussicht hat in der letzten Zeit erheblich nachgelassen. Jedoch ist bereits eine Reorganisation im Gange.

Vorsichtige Finanzpolitik

Wie wird der Etat für 1928 finanziert? - Keine Referenzen im Reichshaushalt.

Die Ausführungen des Reichsfinanzministers Dr. Köhler im Hauptauschuß des Reichstages haben nicht gezeigt, wo die Schwierigkeiten des Etats für 1928 liegen und auch sonst hat sich der Reichsfinanzminister mit Erklärungen begnügt, aus denen nicht ersichtlich ist, wie die tatsächliche Lage der Reichsfinanzen sich gestaltet hat und wie die großen Mehrausgaben des Rotprogramms der Regierung die Finanzen des Reiches beeinflussen werden. Im Anbetracht der gegenwärtig noch schwebenden Verhandlungen über verschiedene Teile des Rotprogramms und infolge der Unmöglichkeit, schon heute feststellen zu können, welche Mehrausgaben durch den Reichstag eintreten werden, ist es dem Reichsfinanzminister an sich nicht zu verdenken, daß er sich große Zurückhaltung in seinen Ausführungen auferlegt hat. Bisher sind zwar große Teile des Rotprogramms in den Ausschüssen angenommen worden, jedoch hat man dabei wenig und gar nicht danach gefragt, wo die Deckung dafür herkommen soll. Darüber scheint sich das gegenwärtige Kabinett auch nicht allzu sehr im Kopf gerbrochen zu haben, denn die Hauptfrage ist, daß die man einmal von der Regierung verprochenen Hilfsaktivitäten für die Wandwirtschaft und für die Sozialrentner durchgeführt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß täglich neue Wünsche von den Regierungsparteien und von der Opposition vorgebracht werden, die in Anbetracht des kommenden Wahlkampfes auch von dem Kabinett und von den Regierungsparteien allzu gern bewilligt werden würden, wenn nur nicht die Belastung des Reichsetats dadurch allzu groß würde. Der Reichsfinanzminister hat nun schon nach Möglichkeit getrachtet, jedoch ist er immerhin noch recht bewilligungsfreudig und auch weiterhin noch seinen letzten Ausführungen, optimistisch geblieben. Sein Nachfolger kann sich ja höchstens mit der Deckungsfrage beschäftigen. Die Zahlungen Köhlers sind sehr zweifelhafte, und das Reichsfinanzministerium rechnet mit steigenden Steuer- und Zollerträgen, obwohl Reichsfinanzminister Dr. Köhler selber zugegeben hat, daß die Wirtschaftskonjunktur nachgelassen habe. Die Lage der Reichsfinanzen ist aber in gegenwärtigen Augenblicken noch nicht gefährdet, es war aber nicht verwunderlich, daß der Reichshaushalt für 1928 noch offene noch verdeckte Resten in irgend welcher Art enthält. Der Etat balanciert auch nur dann, wenn die optimistischen Steuererwartungen des Reichsfinanzministers in vollem Umfange eintreffen.

In Kreisen der Oppositionsparteien teilt man nun den Optimismus des Reichsfinanzministers nicht und man rechnet bereits ein Defizit für den Etat von 1928 heraus, das etwa 400 Millionen betragen soll. Der Reichsfinanzminister ist sich aber im Grunde genommen auch darüber klar, daß die Dinge für die Reichsfinanzpolitik doch nicht ganz so einfach liegen. Er weiß auf die Mehrausgaben durch das Rotprogramm hin und gibt auch Fingerzeige, die für die weitere Entwicklung im Reichshaushalt einmal das Spiritus in monopol in Frage, aus dem seiner Ansicht nach noch 100 Millionen Mehreinnahmen herausgeholt werden können. Auch die Tabaksteuer soll wieder einmal dazu herhalten, das Defizit im Reichshaushalt zu decken. Ob es gerade finanzpolitisch und wirtschaftlich richtig ist, immer wieder zur Erhöhung der indirekten Steuern zu greifen, erscheint doch recht fraglich, zumal der Spiritus und der Tabak bei uns schon an sich außerordentlich stark belastet sind. Unter heutigen Verhältnissen ist es jedoch erheblich einladender als in Vorkriegszeiten, den Spiritus und den Tabak steuerlich höher zu belasten. Man verleihe sich nur einmal in die Zeiten der großen parlamentarischen Kämpfe, die vor dem Krieg um die Erhöhung der Tabaksteuer und die Brandweinsteuer ausgedehnt wurden. Damals war es nicht so einfach wie heute, hierfür eine Mehrheit im Reichstag zu erhalten.

Die Entschädigung des Reichstages zur Beibehaltung hat man infolge der angepannten Reichsfinanzen nicht durchführen können, und der Reichsfinanzminister erklärte, daß er sich in Bezug auf die außerordentlichen Ausgaben aus dem Reichsetat die größte Zurückhaltung auferlegt habe. Das ist an sich sehr errettlich; denn gerade die außerordentlichen Ausgaben des Etats waren finanzpolitisch höchst anfänglich und die meisteinnenden Anleiheemittlungen für den

In Höhe von mehreren Tausend Mark

gepagelt haben. Verdictschlicht wurden von beteiligten Firmen ähnliche Anlagen auch bei der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn erhoben. Die Klagen konnten jedoch keine hungereffizienten Beweise liefern und beriefen sich zum Teil auf Vermutungen. Nachdem ging die Reichsbahn den Gerichten nach, und als sie im Februar die, daß die Kölner Firma Hans Keiser & Co., bei der das Material für eine Anzahl von Güternagen bestellt wurde, mehr als hunderttausend Mark bezahlt hätte, wurde eine aus dem Geheimrat Dr. Weber und dem Reichsfinanzminister bestehende Kommission sofort nach Berlin entsandt, um die Angelegenheit zu prüfen. Die Kommission nahm Wohnung in der Kölner Gerichtsbehörden und führte im Einvernehmen mit ihnen die Untersuchung durch, die ergab, daß der verhältnismäßig hohe Betrag von der Kölner Firma tat-

Die Ursachen des Zusammenbruches

Das Ergebnis des Kriegsschuld-Untersuchungsausschusses des Reichstages

Der vierte Untersuchung des Kriegsschuld-Untersuchungsausschusses des Reichstages, der die Ursachen des Zusammenbruches zu behandeln hatte, hat seine Arbeiten abgeschlossen und legt das Ergebnis seiner Verhandlungen in einer Schlussfestsitzung dem Reichstage vor, der zu folgendem Endergebnis kommt: Wichtigste ist festzustellen, daß von allen im Verlauf der letzten Auseinandersetzungen der Nachkriegsjahre gesägten werden, die den deutschen Zusammenbruch auf eine einzige Ursache zurückzuführen suchen, keine der Untersuchung des Ausschusses Handgefallen ist. Nur im wechselseitigen Zusammenwirken aller Ursachen, von denen der Ausschuss die hauptsächlichsten anerkannt hat, kann die Schuld am Zusammenbruch gefunden werden.

innerlich zermürbt und, von den Bewegungen im Lande erfüllt, glauben, daß auch eine siegreiche Geschloßt am Ausgang des Krieges nichts mehr ändern könne und die Flotte nur aus Wirtschaftgründen eingesetzt werden sollte. Diese Auffassungen in Mannschaften hätten durch Einwirkung von außen her Stöße und Kräftigung erfahren. An einer anderen Stelle sagt die Untersuchung, daß den Führern der S. R. D. der Ausbruch der Revolution unermartet kam. Welche Verlogen und Gruppen im einzelnen Maße die Initiative ergreifen hobens lasse sich nicht überall feststellen. Auch sei die Frage, ob die Oeamer Deutschlands ihre Waffenstillstandsbedingungen ermöglicht hätten, wenn das deutsche Volk bis zum Abbruch bereit hätte, ungeklärt geblieben.

Zan-Unterricht für italienische ABC-Schützen (Telegraphische Meldung.) Rom, 22. März.

Durch Vermittlung des Unterstaatssekretärs im Kriegsministerium wurde 300 römischen Elementarschülern das Funktionieren der militärischen Tante vorgeführt, damit sie ihren Funktionen über die Einrichtungen und das Funktionieren der Tante Vertrag halten und ihnen den Mechanismus erklären können.

Der neue zweite Teil der Entschädigung behandelt den neuen Zusammenbruch in allen seinen Einzelheiten, während der dritte Teil die besondere Rolle der U. S. R. D. bei der Bewegung in der Marine und die Stellung der S. R. D. behandelt. Die Leistungen der Staatsanwaltschaften entsprechen bis zum Herbst 1918 allen Erwartungen. Die Geheimratsvernehmungen im Herbst 1918 haben ihren unmittelbaren Inhalt darin, daß die Mannschaften





